



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

γ.: Vor den neuen schwäbischen Landtagswahlen.

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

## Vor den neuen schwäbischen Landtagswahlen.

Mitte Juni.

Das allgemeine Stimmrecht hat sich in Schwaben nach kurzer Frist zum zweitenmal zu bewähren: die Wahlen zum Landtag sind auf den 8. Juli ausgeschrieben. Bekanntlich ist die Einführung des neuen Wahlrechts die einzige Verfassungsänderung, welche nach großen Anläufen auf dem letzten Landtag schließlich noch durchgesetzt werden konnte. Um wenigstens etwas zu erreichen, einigte man sich rasch zu einer Reform, die Allen nur eine Frage der Zeit zu sein schien, die der deutschen Partei willkommen war als ein Fortschritt, den man der norddeutschen Bundesverfassung verdankte, der Regierung und der Demokratie, weil sie den Kreis derjenigen Wähler erweitert, welche für Beeinflussungen und für Schlagwörter besondere Empfänglichkeit versprechen.

Auch bei der kommenden Wahl wird die nationale Frage im Mittelpunkt des Kampfes stehen und es versteht sich von selbst, daß die Stimmung des Volks im Großen und Ganzen dieselbe ist wie vor drei Monaten. Auch am 8. Juli wird die nationale Partei entschieden in der Minderheit bleiben. Allerdings haben eine Reihe von traulichen Parteiversammlungen, die in den letzten Wochen an verschiedenen Orten des Landes gehalten wurden, gezeigt, daß die Partei durch den Ausgang der Märzwahl keineswegs entmutigt ist, gerade seit jener Zeit haben sich neue Vereine gebildet, haben die bestehenden an Mitgliederzahl gewonnen, die Organisation hat sich befestigt. Allein das beschränkt sich doch auf gewisse Schichten namentlich der städtischen Bevölkerungen. Die Session des Zollparlaments stand der Erbitterung des Wahlkampfes allzunah, als daß die überdies wechselnden Eindrücke desselben schwer ins Gewicht fallen konnten. Zudem ist auf die hochgehende Bewegung eine begreifliche Abspannung gefolgt, und es wird bedeutender Anstrengungen der Parteien bedürfen, um das Volk wieder in dieselbe lebendige Bewegung zu setzen.

Die Mehrheit wird also wiederum der antinationalen Coalition gehören. Allein diese Coalition existirt nicht mehr, der Augenblick des Siegs war für sie auch der Augenblick der Auflösung. Unter dem Reichsenschaftsbericht der süddeutschen Fraction haben zwar Demokraten, Junker und Ultramontane friedlich ihre Namen vereinigt, aber es fehlten bezeichnenderweise die beiden württembergischen Minister, welche Mitglieder der süddeutschen Fraction waren. Die Demokratie wird auch im bevorstehenden Wahlkampf mit Ultramontanen und Ultrareactionären zusammengehen, aber sie wird diesmal auf die Mitwirkung der Regierung verzichten müssen, die, wenn nicht schon früher

die Freundschaft sich gelöst hätte, durch das Wahlprogramm der Volkspartei unmöglich geworden ist.

Dieses Wahlprogramm, das am 10. Juni ausgegeben wurde, bildet einen erfreulichen Gegensatz zu dem Rechenschaftsberichte der Einunddreißig. Erfreulich, weil es jede Maske wegwirft und die wahren Ziele des extremen Theils der Volkspartei enthüllt. Vor allem nämlich constatirt es den Zwiespalt, der, innerhalb der Volkspartei schon seit längerer Zeit bemerkbar, jetzt nicht mehr zuzudecken ist. Annähernd ist es dieselbe Divergenz, wie sie zwischen Jacoby und der Fortschrittspartei besteht. Das Programm geht nicht aus den Reihen der äußerlich noch verbundenen Partei hervor, sondern ist einzig das Werk einiger Doctrinäre, die aber für die Partei das Wort führen und durch ihren terroristischen Fanatismus in ihr die Herrschaft ausüben.

Während diejenigen Mitglieder der Volkspartei, welche ein Mandat nach Berlin angenommen hatten, willig nebst den Herren Sepp und Bucker, Neurath und Thüngen den Rechenschaftsbericht unterzeichneten, redet das Wahlprogramm aus einer ganz anderen Tonart. Jene waren noch so unschuldig, von vertragsmäßiger Treue, von nationalen Pflichten zu reden. Die Schwärmer! der echte Demokrat erkennt weder Verträge noch nationale Pflichten an. Das erste muß sein, daß der Allianzvertrag wieder abgeschafft werde. Zum Glück ist er bloß mit einfacher Mehrheit in der Kammer durchgesetzt worden. Diese fand zwar die Kammer selbst für genügend, da nur Verfassungsabänderungen an eine Zweidrittelmehrheit gebunden sind. Aber die Autorität des Redaktionspersonals vom Beobachter steht natürlich höher als die der Kammer, die Verträge sind folglich null und nichtig und die nächste Kammer hat einfach den Machtspruch der Volkspartei zu vollziehen.

Und was dann? Natürlich der Südbund. Der Rechenschaftsbericht hatte diese abgegriffene Saite nur verschämt zu berühren gewagt, er redete nur von einer engen Verbindung der süddeutschen Staaten, von Sammlung der staatlichen Kräfte Süddeutschlands. Aber der orthodoxen Doctrin ist der Südbund mehr als nur eine bequeme Ausrede. Es muß endlich Ernst damit gemacht werden. Wie lange soll denn Louis Napoleon noch warten, bis endlich sein Project ins Leben tritt! Wie lange soll überhaupt noch irgend etwas gemeinschaftlich sein dem barbarischen Norden und dem freiheitlichen Süden! So verlangen denn dieselben Stimmen, die Preußen der Zerreißung Deutschlands anklagen, die Zerreißung derjenigen Bande, welche Preußen über den Main hinübergeknüpft hat. Sie jammern über die Mainlinie, und sie wollen sie verewigen. Sie kennen kein Deutschland mehr. Für alle Zeiten soll der Main die Grenze bilden. Es gibt hinfort nur noch einen Nordbund, einen Südbund und Deutschösterreich.

Entkleidet man das Programm der Phrasen, des phantastischen Bei-

werks, und hält man noch dazu das kürzlich gefallene Wort, daß die Herstellung des Südbunds nur ein geringes Opfer, nur ein paar Kronen koste, so liegt auf der Hand, was der letzte Gedanke ist. Es ist der, daß die Zerbröckelung des Reichs, die im 14. Jahrhundert durch die Schuld Oestreichs im Süden begonnen hat, aber glücklicherweise wenigstens am Bodensee innehielt, nunmehr fortgesetzt werden solle bis an den Main. Es ist der Abfall vom Reich, mit dem die schweizerischen Schwaben vor fünf Jahrhunderten vorangegangen sind. Zum Glück hat Preußen nicht darum die Verträge mit dem Süden abgeschlossen, um gelassen zuzusehen, wie sich Kantönlk bilden bis zum Main und die Grenze gegen Frankreich sich noch weiter auslockert; zum Glück ist aber auch bis zur Stunde weder in Baden noch in Baiern etwas zu entdecken von Material zu dieser neuen Eidgenossenschaft, die mit dem Bruch der Eide begänne.

Nach der Schweiz schießt das Programm auch hinüber, indem es die Freiheitsforderungen der schwäbischen Demokratie formulirt. Eine Hauptrolle spielt wieder die allgemeine Volksbewaffnung, welche unserer Demokratie das Gegentheil ist von der allgemeinen Wehrpflicht. Atomistisch wie in der Nationalfrage ist ihr Staatsbegriff auch in den inneren Dingen: Bürgermilizen, Jugendwehren, Volksversammlungen sollen die Stelle des Staats vertreten.

Nun ist dieses Programm zunächst allerdings nur die Privatarbeit seiner Verfasser. Es fällt der Partei natürlich nicht ein, auf so subjectiv gestellte Sätze die Candidaten zu verpflichten, der streng orthodoxen Anhänger der Secte sind stets nur wenige gewesen. In der Wirklichkeit wird sich die Partei mit einer Mehrzahl von Candidaten begnügen, welche weit nicht zu einem so sublimen Ausdruck der demokratischen Doctrin sich versteigen. Bereits sind auch Desterlen und die anderen Unterzeichner des Rechenschaftsberichts für würdig erklärt worden, als Candidaten der Volkspartei zu figuriren. Die Partei, deren Programm Aufhebung der Verträge ist, scheint also weitherzig genug, auch solche nicht zu verwerfen, welche zuweilen die Schwäche haben, für volle Aufrechthaltung der Vertragsverpflichtungen zu schwärmen. Und so wenig wählerisch ist die Partei, daß sie auch den Ultramontanen bereitwillig Plätze auf ihren Listen eingeräumt hat und daß sie, wie es heißt, in Stuttgart einen gewesenen Kriegsminister als Candidaten aufstellt, der allerdings das Verdienst hat, bei Tauberbischofsheim die württembergischen Truppen geführt zu haben, der aber doch keine weitere Berührung mit der Volkspartei haben dürfte, als daß er dem Jahr 1866 gram ist, wozu er alle Ursache hat, und als Antipode des Generals v. Wagner gilt, dem er das Kriegsministerium abtreten mußte.

Alein jenes Programm spricht immerhin die Consequenzen der extremen

Doctrinäre aus und es trennt sich damit bestimmt von der Regierung. Selbst angenommen, daß die Minister persönlich in der Auffassung der Verträge nicht weit von derjenigen der Volkspartei entfernt wären, sind sie doch thatsächlich an dieselben gebunden, so lange sie nicht „auf eine völkerrechtlich zulässige Weise“, wie Herr v. Neurath sich ausdrückt, beseitigt sind. Und die demokratischen Umwälzungen, welche die Volkspartei im Innern verlangt, ziehen eine noch schärfere Grenze zwischen ihr und der Regierung. Der Augenblick ist gekommen, wo die gemeinsamen Verfasser der rothen Märzplacate sich feindlich gegenüberstehn.

Und nun ist es verzeihlich, daß die deutsche Partei mit einer gewissen Genugthuung Zeuge dieses Bruchs ist, den sie damals schon deutlich voraussah; verzeihlich, wenn die Ansicht laut wird, daß die deutsche Partei mit Gemüthsruhe bloßer Zuschauer der nun weiter folgenden Dinge sein sollte. „Mögen die Bundesgenossen von damals — so hört man ausführen — nun zusehen, wie sie mit einander fertig werden, mag die Regierung sehen, wie sie das Unkraut wieder ausjätet, das sie ausgestreut, wie sie der Leidenschaften Herr wird, die sie aufgestachelt. Was hat unsere Partei dabei zu thun, nachdem man ihre Warnungen verhöhnt? Sie würde, wenn sie in den Kampf einträte, nur die reine Abwicklung des heilsamen-Prozesses stören; denn überall, wo sie erschiene, würde sie wiederum die beiden Gegner einander nähern. Und was nützte es, wenn sie eine kleine Minderheit von Vertretern in der Kammer durchsetzte? Welche Aufgabe käme ihnen zu, als die, überall für die Regierung einzutreten gegen die nationalen Forderungen der Demokratie, für dieselbe Regierung, die im Innersten ebenso antinational denkt wie die Volkspartei? Das wäre ihre Rolle, wie sie es auf dem vorigen Landtag war, wo einzig ihre Mitwirkung der Regierung half, die Genehmigung der Verträge und der Militärorganisation durchzusetzen. Und doch müßte uns umgekehrt viel erwünschter sein, wenn eine radicale Mehrheit der Regierung gegenüberträte und so der völlige Bruch beschleunigt würde, oder ein Ministerium aus Ruder käme, das wenigstens die Zweideutigkeiten verschmäh. Soll also die deutsche Partei in den Kampf eintreten, der in keinem Fall ein so günstiges Resultat ergibt, so kann sie nur mitwirken, daß möglichst viele Anhänger der Volkspartei gewählt werden. Sie kann die Freundlichkeiten der Herrn v. Mittnacht und Varnhüler nicht besser erwidern, als wenn sie ihnen die Bundesgenossen von damals als Volksvertreter auf den Hals schickt.“

Solche Ansichten sind im Ernst aufgetaucht, aber sie sind zum Glück mit Erfolg bekämpft worden. Sie befolgen wäre sicher die fehlerhafteste Parteitaktik. Es hieße vom Schauplatz abtreten, für die nächsten 6 Jahre im voraus auf alle officiële Vertretung verzichten; es hieße den Posten verlassen,

auf den wir in Süddeutschland gestellt sind. Den Parteigenossen wäre es ein bequemer aber demoralisirender Rath. Ein Freibrief für die Enthaltung von jeder ernstern Thätigkeit, würde er nicht einmal seinen Zweck erreichen. Denn die Partei würde sich gar nicht von ihren Leitern zu dieser Abdankung bestimmen lassen; man würde also genau denselben Fehler begehen wie die Volkspartei, als sie anfänglich die Enthaltung von den Parlamentswahlen beschloß, um nachher von ihren eigenen Anhängern dementirt zu werden. Es ist denn auch auf einer Parteiversammlung in Stuttgart einstimmig beschlossen worden, auf Grund des Parteiprogramms abermals den Kampf aufzunehmen.

Von einem Bündniß mit der Regierung kann dabei so wenig die Rede sein als von Bündnissen nach der anderen Seite. Es ist ein Wort im Umlauf, das der Frhr. von Barnbüler während des Zollparlaments nach Stuttgart geschrieben haben soll. Es sei schlechterdings unmöglich — so ist der Sinn — daß das Verhältniß Württembergs zu Preußen sich noch länger auf demselben Fuß erhalte; entweder müsse unser Land weitere Schritte einer Annäherung thun oder gänzlich mit Preußen brechen. Hätte dies Herr v. Barnbüler wirklich geschrieben, so wäre es bezeichnend für die Unbefangenheit, mit welcher ein württembergischer Minister auch heute noch mit den verschiedensten Eventualitäten zu spielen im Stande ist. Nur scheint bisher der Muth gefehlt zu haben, wirklich eine dieser beiden Partien zu ergreifen. Nach allen Anzeichen zu schließen, herrscht durchaus noch das alte Schaukelspiel. Man war genöthigt, sich den Armen der Democratie zu entziehen, aber man hat deswegen nicht im geringsten der nationalen Seite sich genähert. Die kleine officiöse Presse macht zwar Miene, für die Verträge, für die Heeresverfassung, gegen den Südbund einzutreten, aber gleichzeitig fährt sie fort, die Persönlichkeiten der Nationalliberalen in derselben cynischen Weise herabzuziehen, die nun einmal bei uns herkömmlich geworden ist, vollends seitdem der Sturm von 1866 eine Anzahl der seltsamsten Individuen nach dem Nesenbach zusammengesegelt hat. Ein Bündniß nach dieser Seite ist also der deutschen Partei erspart, sie steht auf ihren eigenen Füßen.

Gleichwohl ist ihre Stellung der Regierungspartei gegenüber nicht ganz dieselbe scharfbegrenzte, wie nach Seite der Volkspartei. Wir besitzen zwar nicht eine unabhängige Mittelpartei, wie sie in Baiern besteht, dagegen stuft sich der Standpunkt der deutschen Partei in einer Reihe von unmerklich in einander übergehenden Schattirungen ganz allmählich bis zu dem der Regierung ab. Gemäßigte aber aufrichtige Anhänger der nationalen Richtung finden sich zahlreich bis in die obersten Beamtentkreise hinauf. Die Regierung selbst wird genöthigt sein, neben entschiedenen Particularisten doch auch solche Candidaten aufzustellen, deren nationale Gesinnung die Unterstützung von

Seiten der deutschen Partei erlaubt. Und umgekehrt fehlt es nicht an Anzeichen, daß die Regierung sich der Candidatur gemäßigter Anhänger der deutschen Partei nicht feindlich entgegenstellen wird, wenn auch die Führer derselben so entschieden von ihr bekämpft werden, wie von der Demokratie. Die Aussichten unserer Partei sind überdies schon darum nicht so hoffnungslos wie bei den Zollparlamentswahlen, weil die Wahlbezirke weit kleiner sind und innerhalb derselben sich leichter da und dort eine locale Mehrheit für die nationalen Candidaten finden wird. Im übrigen muß man, so wie die Dinge liegen, schon mit bescheidenen Erfolgen zufrieden sein. Schwaben gleicht einem schwer Kranken, der durch allmählich und langsam wirkende Mittel behandelt sein will. Vielleicht hilft schließlich allerdings nur eine Radicalcur. Diese liegt aber nicht in unserer Hand.

7.

### Politischer Monatsbericht.

× Leipzig, 24. Juni.

Es gibt Zeiten, in denen sich jedes am Horizont aufsteigende Wölkchen zusammenballt, und andere Zeiten, in denen die atmosphärischen Dünste eine so zu sagen centrifugale Tendenz haben; die dunkelsten Wolken mögen von allen Seiten heranziehen, sie vertheilen sich wieder und es kommt zu keiner Explosion.

Ungefähr so sieht es in der politischen Welt des heurigen Sommers aus. Die letzten Jahre hatten uns daran gewöhnt, Vorgänge auch der untergeordnetsten Art mißtrauisch anzusehen und von ihnen eine Störung mindestens der diplomatischen Ruhe unseres Welttheils zu fürchten. Niemand wußte, wo die Grenzlinie zwischen localen und internationalen Ereignissen lag, Dinge, die in früherer Zeit unbestritten zu den inneren Fragen gehört hatten, erhoben sich unversehens in die Sphäre der großen Politik, und das Nationalitätsprinzip sorgte dafür, daß ein Zusammenhang zwischen Vorgängen ausgewittert wurde, die an und für sich nichts mit einander gemein hatten. — Ohne daß sich angeben ließe, wie und warum, ist es in den letzten Wochen anders geworden. Die große Frage, wie sich das Verhältniß Deutschlands zu Frankreich gestalten wird, scheint von ihrer Attractionskraft verloren zu haben — eine Anzahl isolirter Ereignisse liegt vor uns und die politische Temperatur zeigt, wenigstens für den Augenblick centrifugale Tendenz.

Um die Gründe zur Erklärung dieser Witterungsveränderung sind wir übrigens nur zum Theil verlegen. Unleugbar hat die politische Harmlosig-